

I. PLANLICHE FESTSETZUNGEN

HINWEIS: Die nachfolgenden Festsetzungen ersetzen in Geltungsbereich des Deckblattes Nr. 5 die Festsetzungen des Bebauungsplanes "Beckerfeld" in der Fassung vom 05.10.1973.

Die Nummerierung erfolgt gem. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeicherverordnung 1990 – PlanZV 90)

Erläuterung zur Nutzungsschablone

- 1. Art der baulichen Nutzung
- 2. Bauweise
- 3. Max. zulässige Grundflächenzahl
- 4. Max. zulässige Geschossflächenzahl

1. Art der baulichen Nutzung

- 1.1.3 (WA) Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO

2. Maß der baulichen Nutzung

- 2.1 (0,8) Maximal zulässige Geschossflächenzahl (GFZ) im WA1

- 2.2 0,40 Maximal zulässige Grundflächenzahl (GRZ)

- 2.7 Zahl der Vollgeschosse

als Höchstmaß II

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

- 3.1 o offene Bauweise

- 3.5 - - - - - Baugrenze

4. Verkehrsflächen

- 6.1 Straßenverkehrsflächen öffentlich

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

- 13.2 Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

- 13.2.1 Zu pflanzender Laubbaum auf privaten Flächen.

Pro Planzeichen ist innerhalb des privaten Grundstücks ein Laubbaum der Liste 2 oder alternativ ein Obstbaum zu pflanzen und zu erhalten. Der Standort ist nicht festgelegt. Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 2 x verpflanzt, Stammumfang 10-12 cm.

- 13.2.2 Zu pflanzende Sträucher auf privaten Flächen.

Entlang der Nord- und der Südseite sind auf mindestens 50 % der Länge zweireihige Strauchpflanzungen mit Arten der Liste 2 anzulegen und zu erhalten. Pflanzabstand 1,50 m, Abstand der Reihen 1,0 m. Es ist ausschließlich autochthones Pflanzgut aus dem Vorkommensgebiet 3 „Bayerischer und Oberpfälzer Wald“ zulässig.

- 13.2.3 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen

Hecke, zu erhalten

15. Sonstige Planzeichen

- 15.13 - - - - - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

- - - - - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Deckblattes Nr. 5 Bebauungsplans

- 15.15 6,0 Maßangaben

- 15.16 640 m² Angabe der ungefähren Flächengröße

II. PLANLICHE HINWEISE

16. Planzeichen der Flurkarten Bayern

(Nachrichtliche Übernahme der Digitalen Flurkarte Bayern, Stand 08/2022)

- 16.1 Flurgrenze

- 16.2 Grenzstein

- 16.3 187/1 Flurstücknummer

- 16.4 Gebäudebestand

17. Sonstige Darstellungen

- 17.1 336,25 50 cm - Höhenlinie aus Digitalem Geländemodell (DGM1) der Bayerischen Vermessungsverwaltung, Stand 02/2023

- 17.2 Gebäudeskizze, Unverbundene Darstellung.

- 17.3 Umgrenzung von Flächen der Biotopkartierung Bayern mit amtll. Nummer und Kurzbeschreibung

III. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

- 1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) nach § 4 BauNVO. Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach § 4 Absatz 3 BauNVO sind ausgeschlossen.

2. Bauweise und Baukörpergestaltung

- 2.1 Bauweise

Es ist die offene Bauweise festgesetzt.

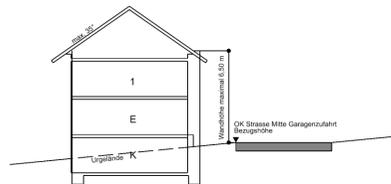
- 2.2 Abstandflächen

Es gelten die Abstandflächenvorschriften der Bayerischen Bauordnung.

2.3 Baugestaltung Hauptgebäude

- 2.3.1 Gebäudehöhen
Die maximal zulässige Wandhöhe beträgt 6,50 m. Als unterer Bezugspunkt gilt die Oberkante der Erschließungsstraße mittig der Garagenzufahrt, als oberer Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Außenkante der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut.

Schemaskizze



- 2.3.2 Firstrichtung
Die Firstrichtung ist frei wählbar.

- 2.3.3 Dachformen / Dachneigung
Zugelassen sind Satteldach und Walmdach mit 15° - 35° Dachneigung, bei untergeordneten Nebengebäuden auch Pultdach. Bei Carports sind Flachdächer zulässig.

- 2.3.4 Dachgauben

Unter Beachtung einer max. Vorderansichtfläche von 2,5 m² und eines Mindestabstandes zur befestigten Giebelwand von 3,0 m zulässig. Mindestabstand benachbarter Gauben: 1,50 m.

- 2.3.5 Dacheindeckung:

In gedecktem rottem bis rotbraunem Farbton oder dunkelbraun bis anthrazit. Zulässig sind Pfannen und Ziegel. Bei untergeordneten Nebengebäuden und Anbauten sind auch Metaldachdeckungen zulässig. Flachdächer sind zu begrünen.

- 2.3.6 Fotovoltaikanlagen sind auf Dächern zulässig, soweit sie dieselbe Neigung wie die Dachfläche aufweisen. Bei Flachdächern sowie bei solarthermischen Anlagen ist eine Aufständerung zulässig. Gebäudeunabhängige, frei stehende Solar- oder Fotovoltaikanlagen sind nicht zulässig.

2.4 Garagen, Carports und Nebengebäude

Maximal zulässige Wandhöhe: 3,00 m im Mittel
Den unteren Bezugspunkt bildet die Oberkante der Erschließungsstraße mittig der Garagenzufahrt. Den oberen Bezugspunkt bildet der Schnittpunkt der Außenkante der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut.
Zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und Garage bzw. Carport ist auf der privaten Grundstücksfläche ein mindestens 5,0 m tiefer Stellplatz anzuordnen. Kellergaragen sind unzulässig.

2.5 Stellplätze

Pro Wohneinheit sind zwei Stellplätze auf dem Grundstück nachzuweisen.

2.6 Einfriedungen / Stützmauern

- 2.6.1 Zulässig sind zur Grundstückseinfriedung:
Entlang der öffentlichen Verkehrsflächen: Nicht vollständig geschlossene Metall- und Holzzäune mit überwiegend senkrechten Elementen. Höhe bis 1,20 m, bezogen auf die Straßenoberkante, Hecken aus Laubgehölzen. Zur freien Landschaft und zu öffentlichen Grünflächen hin sind zusätzlich auch Maschendrahtzäune zulässig.

Sockel, Mauern oder Streifenfundamente sind für Einfriedungen unzulässig, es sind sind ausschließlich Punktfundamente zugelassen. Zwischen Unterkannte Zaun und dem Urgelände ist ein hindernisfreier Raum von 15 cm herzustellen.

- 2.6.2 Stützmauern oder Stützelemente zur Sicherung von Abtrags- und Auftragsböschungen sind nur zulässig, wenn deren sichtbare Höhe 2,0 m über OK geplantes Gelände nicht übersteigt. Ausführung: trockenverlegtes Natursteinmauerwerk, begrünte Gabionen (Drahtschotterkörbe), verblendele oder vollständig begrünte Betonstützwände oder vollständig begrünte Beton-Fertigteillemente.

3. Flächenbefestigungen

- 3.1 Private Flächen: Private Stellplätze, Garagenvorplätze und Grundstückszufahrten sind mit einem wasser-durchlässigen Belag zu befestigen (z. B. Natursteinpflaster, Betonpflaster mit gerumpelten Fugen, Betonpflaster mit Rosenfuge, Schotterbelag, Schotherrasen).

- 3.2 Gestaltung nicht überbaubarer privater Flächen: Die nicht mit Gebäuden oder vergleichbaren baulichen Anlagen überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind wasserundurchlässig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen, soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen (Artikel 7 Absatz 1 Nr. 1. und 2. BayBO). Unzulässig sind insbesondere vegetationsfreie Flächengestaltungen (z. B. Schottergärten, mit wasserundurchlässigen Folien unterlegte Flächen u. ä.)

4. Geländemodellierungen

- 4.1 Abgrabungen und Auffüllungen:
Geländeauffüllungen sind bis maximal bis 2,00 m bezogen auf das Urgelände und maximal 30 cm über das Niveau der Erschließungsstraße zulässig. Sämtliche Auffüllungen müssen auf dem eigenen Grundstück beendet sein, sofern der Nachbar einer Niveauangleichung nicht zustimmt.
Abgrabungen sind bis maximal 2,00 m bezogen auf das Urgelände und bis maximal 0,50 m zur Grundstücksgrenze zulässig.
In den Bauplanunterlagen sind in den Ansichten und Schnitten die Urgeländehöhen anzugeben und die geplanten Geländeveränderungen sowie der Anschluss an die Erschließungsstraße darzustellen.

5. Grünordnung

- 5.1 Zeitpunkt der Pflanzungen:
Die Pflanzungen auf privaten Flächen sind in der auf die Nutzungsaufnahme folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

- 5.2 Pflanzenlisten

1. Liste 1. Bäume 2. Wuchsordnung (mittlergras):
Acer campestre - Feld-Ahorn
Carpinus betulus - Hainbuche
Prunus avium - Vogel-Kirsche
Sorbus aucuparia - Vogelbeere
alternativ hochstämmige Obstbäume (Geeignet sind robuste, standort- und klimaangepasste regionale Sorten. Eine Beratung im Kreisobstlehrgarten Neukirchen wird empfohlen)

Liste 2. Sträucher:

- Mindestpflanzqualität: Strauch 2 x verpflanzt, Höhe 60-100 cm.
Cornus sanguinea - Roter Hartriegel
Corylus avellana - Hasel
Crataegus laevigata - Zweigflügel Weißdorn
Crataegus monogyna - Eingriffeliger Weißdorn
Eunymus europaeus - Pfaffenröschen
Ligustrum vulgare - Liguster
Lonicera xylosteum - Rote Heckenkirsche
Frangula alnus - Faulbaum
Rhamnus cathartica - Kreuzdorn
Sambucus nigra - Schwarzer Holunder
Sambucus racemosa - Roter Holunder
Viburnum opulus - Gewöhnlicher Schneeball
Viburnum lantana - Wolliger Schneeball

6. Niederschlagswasserbehandlung

- 6.1 Das Niederschlagswasser aus privaten Flächen (Dachflächen, befestigte Flächen auf dem Grundstück) ist möglichst breitflächig über Mulden o. ä. auf dem eigenen Grundstück vor Ort zu versickern. Ist eine Versickerung nachweislich nicht vollständig möglich, ist ein Anschluss an die öffentlichen Entwässerungseinrichtungen zulässig. Für Versickerungsanlagen ist das Arbeitsblatt DWA-A 138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" zu beachten.

IV. TEXTLICHE HINWEISE

1. Belange der Denkmalpflege

Auf Artikel 8 Absatz 1 und Absatz 2 Denkmalschutzgesetz zum Auffinden von Bodendenkmälern wird hingewiesen.

2. Landwirtschaftliche Nutzung / Grenzabstände bei Bepflanzungen

Die von den angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und landwirtschaftlichen Betriebsstätten ausgehenden Inerungen sind zu dulden. Staub und Erschütterungen sind zu dulden. Insbesondere auch dann, wenn landwirtschaftliche Arbeiten nach Feierabend sowie an Sonn- und Feiertagen oder während der Nachtzeit vorgenommen werden, falls die Wetterlage während der Einzelzeit solche Arbeiten erzwingt. Die Bepflanzungen haben die nach Art. 47 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (AGBG) erforderlichen Grenzabstände zu Nachbargrundstücken sowie die nach Art. 48 AGBG erforderlichen Grenzabstände zu landwirtschaftlichen Grundstücken einzuhalten.

3. Stromversorgung

Bei allen mit Erdarbeiten verbundenen Arbeiten, auch beim Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, ist eine Abstandszone von je 2,50 m beiderseits von Erdkabeln einzuhalten. Ist dies nicht möglich, sind auf Kosten des Verursachers im Einvernehmen mit dem Stromversorger geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen. Auf das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen, herausgegeben von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsweisen, wird hingewiesen. Auf jeden Fall ist vor Beginn von Erdarbeiten Planauskunft beim Stromversorger einzuholen. Zur Versorgung des Gebietes sind Niederspannungslösungen und Verteilerschranke erforderlich. Für die Untertreibung dieser Leitungen und Anlagen in den öffentlichen Flächen ist die Richtlinie für die Planung DN 1998 zu beachten. Hingewiesen wird auf die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft Elektro Textil Feinmechanik für elektrische Anlagen und Betriebsmittel (BGV A3) und die darin aufgeführten VDE-Bestimmungen. Für Kabelhausanschlüsse dürfen nur marktübliche Einführungssysteme, welche bis mind. 1 bar gas- und wasserdicht sind, verwendet werden. Prüfnachweise sind vorzulegen.

4. Brandschutz

Die Belange des baulichen und abwehrenden Brandschutzes sind zu beachten. Die öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzulegen, dass sie hinsichtlich der Fahrbahnbreite, Kurvenkrümmungsgraden usw. mit den Fahrzeugen der Feuerwehr jederzeit und unbehindert befahren werden können. Die Tragfähigkeit muss dazu für Fahrzeuge bis 16t (Achslast 10 t) ausgelegt sein. Hierzu wird auch auf die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr, Stand Feb. 2007, AImB1 2008 S. 806 hingewiesen. Es muss insbesondere gewährleistet sein, dass Gebäude ganz oder mit Teilen in einem Abstand von höchstens 50 m von den öffentlichen Verkehrsflächen erreichbar sind. Bei Sackgassen ist darauf zu achten, dass die sog. "Wendehammer" auch für Feuerwehrfahrzeuge benutzbar sind. Zur ungehinderten Benutzung ist ein Wendeplatzdurchmesser von mindestens 18 m, für Feuerwehrfahrzeuge mit einer Drehleier DLA (K) 23-12 von mind. 21 m erforderlich. Gegebenenfalls sind Verkehrsbeschränkungen (Halteverbote) zu verfügen.

Löschwasserversorgung:
Zur Deckung des Löschwasserbedarfes für ein Wohngebiet ist eine Gesamtlöschwassermenge von mind. 800 l/min für eine Dauer von mehr als zwei Stunden bei einem Fließdruck größer 1,5 bar nachzuweisen. Wenn die erforderliche Löschwassermenge nicht aus dem öffentlichen Trinkwassernetz entnommen werden kann und in einem Umkreis von 100 Meter keine unabhängige Löschwasserentnahmestellen (Hydranten) zur Verfügung stehen, sind Löschwasserbehälter (Baugenehmigung beachten) mit entsprechendem Volumen zu errichten. Der Nachweis der ausreichenden Löschwasser Versorgung ist in Abstimmung mit dem örtlich zuständigen Wasserversorgungsunternehmen zu führen und dem Landratsamt Straubing-Bogen in schriftlicher Form vorzulegen. Das Löschwasser soll möglichst aus Oberflächhydranten mit zwei B-Abgängen gemäß DN 3222 entnommen werden können; es sind ausschließlich DWGW- zugelassene Hydranten nach Möglichkeit am Fahrbahnrand außerhalb des Gebäudetürrschattens zu installieren.

5. Hinweise der Wasserwirtschaft

Für die Einleitung des Niederschlagswassers sind die Bestimmungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung - NWFreiV - vom 01.01.2000, geändert zum 01.10.2008, und der Technischen Regeln zum schadlohen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TREGW) vom 17.12.2008 oder in Oberflächengewässer (TREGOG) vom 17.12.2008 zu beachten.

Werden Dächer mit Zink-, Blei- oder Kupferdeckung mit einer Gesamtläche von mehr als 50 m² errichtet, sind ggf. Reinigungsmaßnahmen notwendig. Bei beschichteten Metalldächern ist mind. die Korrosionsschutzklasse III nach DIN 55928-8 bzw. die Korrosivitätskategorie C 3 (Schutzdauer: lang) nach DIN EN ISO 12944-5 einzuhalten. Eine entsprechende Bestätigung unter Angabe des vorgesehenen Materials ist dann vorzulegen.

Bei Geländeanschnitten muss mit Schichtwasserströmen sowie mit wild abfließendem Oberflächenwasser gerechnet werden. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf gem. § 37 WHG nicht nachteilig für anliegende Grundstücke verändert werden.

Es wird empfohlen, bei Aushubarbeiten das anstehende Erdreich generell von einer fachkundigen Person organoleptisch beurteilen zu lassen. Bei offensichtlichen Störungen oder anderen Verdachtsmomenten (Geruch, Optik, etc.) ist das Landratsamt Straubing-Bogen bzw. das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf zu verständigen.

Zur Vermeidung von Abflussverschärfungen und zur Stärkung des Grundwasserhaushaltes ist der zunehmenden Bodenverlegetung entgegenzuwirken und die Versickerungsfähigkeit der Flächen zu erhalten. Anfallendes Niederschlagswasser, insbesondere von Dach- und unverschmutzten Hofflächen sollte deshalb nicht gesammelt sondern ber Grünflächen und Mulden breitflächig versickert werden.

6. Hinweise zur Abwasserentsorgung

Die Bauwerke werden darauf hingewiesen, dass die Rücktauebene die Straßenoberkante ist und sich die Hausbesitzer gegen Rückstau zu sichern haben.

7. Hinweise zum Bodenschutz

Auf die ordnungsgemäße Verwertung des im Zuge der Baumaßnahme anfallenden und vor Ort nicht wieder zu verwendenden Aushubs ist zu achten. Bei Auf- und Einbringen von Materialien in eine durchwurzelbare Bodenschicht sind die materiell-rechtlichen Vorgaben des Bodenschutzes, § 12 BBodSchV, einzuhalten. Insbesondere ist nur Bodenmaterial zur Verwertung geeignet, das die Vorsorgeweite der BBodSchV (bei Verwertung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen 70% davon) nicht überschreitet. Des Weiteren muss die Kombinationseignung von zu verwertendem Bodenmaterial mit dem Boden der Verwertungsfläche nach DIN 19731 gegeben sein. Ferner ist eine nachhaltige Sicherung der Bodenfunktion zu gewährleisten. Sollten im Zuge von Baumaßnahmen Abfälle oder Altlastenverdachtsflächen zu Tage treten, ist das Sachgebiet Umwelt- und Naturschutz am Landratsamt unverzüglich zu informieren.

Nach § 1a Absatz 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Dazu wird empfohlen, Flächen, die als Grünflächen oder zur gärtnerischen Nutzung vorgesehen sind, nicht zu bepflanzen. Mutterboden, der bei Errichtung und Änderung von baulichen Anlagen ausgehoben wird, ist nach § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vergeudung und Verwitterung zu schützen. Zum Schutz des Mutterbodens und für alle Erdarbeiten werden die Normen DIN 18195 Kapitel 7.4 und DIN 19731 zur Anwendung empfohlen. Es wird angeraten, die Verwertungswege des anfallenden Bodens vor Beginn der Baumaßnahme zu klären. Hilfestellung zum umweltgerechten Umgang mit Boden sind im Leitfaden zur Bodenkundlichen Baubegleitung des Bundesverbandes Boden zu finden.

8. Freiflächengestaltungsplan

Im Bauantragsverfahren kann die Vorlage eines einfachen Freiflächengestaltungsplanes gefordert werden, soweit dies für die Beurteilung des Bauvorhabens in Bezug auf die Umsetzung der grünordnerischen Maßnahmen erforderlich ist. Dieser sollte, um das Verfahren zu beschleunigen, von einer Fachkraft (Landschaftsplaner/-in) erstellt werden. Neben den grünordnerischen Festsetzungen und der Festlegung der Art, Anzahl und Pflanzqualität der verwendeten Gehölze sind hier auch Aussagen zur Oberflächenbefestigung einzuarbeiten.

ÜBERSICHTSPLAN



VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Aufstellungsbeschluss
Die Gemeinde Stallwang hat in der öffentlichen Sitzung vom 27.10.2022 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung des Bebauungsplanes "Beckerfeld" durch Deckblatt Nr. 5 beschlossen. Der Beschluss wurde am 24.11.2022 ortsüblich bekannt gemacht.

- 2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Die Gemeinde Stallwang hat am 25.04.2024 den Entwurf sowie die Begründung des Deckblattes Nr. 5 zum Bebauungsplan in der Fassung vom 24.04.2024 gebilligt und die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen das Verfahren gemäß § 215a Absatz 3 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13a Absatz 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Absatz 3 Satz 1 und § 13 a Absatz 2 Nr. 4, fortzuführen. Von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB und vom Umweltbericht nach § 2a BauGB wird abgesehen.

- 3. Öffentliche Auslegung / Behörden- und Trägerbeteiligung
Der Entwurf des Deckblattes Nr. 5 zum Bebauungsplan in der Fassung vom 24.04.2024 wurde mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 24.04.2024 bis einschließlich 24.05.2024 zur Einsicht öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der Auslegung wurden am 24.04.2024 ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

- 4. Sitzung
Die Gemeinde Stallwang hat mit Beschluss vom 24.04.2024 das Deckblatt Nr. 5 zum Bebauungsplan mit Begründung in der Fassung vom 24.04.2024 nach Prüfung der Bedenken und Anregungen zum Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB als Sitzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und Art. 81 BayGO beschlossen.

Stallwang, den

Max Dieltl, 1. Bürgermeister

- 5. Ausfertigung
Das Deckblatt Nr. 5 zum Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt.

Stallwang den

Max Dieltl, 1. Bürgermeister

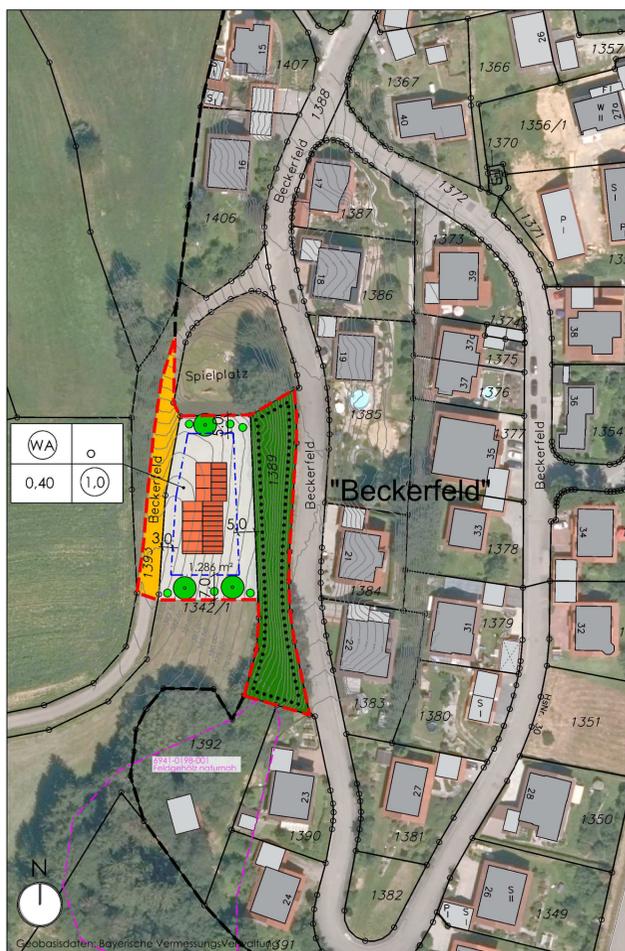
- 6. Inkrafttreten
Der Satzungsbeschluss über das Deckblatt Nr. 5 zum Bebauungsplan wurde am 24.04.2024 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Das Deckblatt Nr. 5 zum Bebauungs- und Grünordnungsplan tritt mit Festsetzungen damit gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft. Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Verwaltungsgemeinschaft Stallwang zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen

Stallwang den

Max Dieltl, 1. Bürgermeister

Karte 1: Bebauungsplan

M 1:1.000



mks Architekten-Ingenieure GmbH
Mühlentweg 8
94347 Ascha
T 09961 9421 0
F 09961 9421 29
ascha@mks-ai.de
www.mks-ai.de

BEBAUUNGSPLAN "BECKERFELD"

- DECKBLATT NR. 5 -

Verfahren nach § 13 a BauGB i. V. m. § 215a Absatz 3 BauGB

PLANART	PLANNUMMER
Entwurf	B.1.0
BAU(ORT) / PROJEKT	PROJEKTNUMMER
Gemeinde Stallwang Bebauungsplan "Beckerfeld"	2023-43
VERFAHRESTRÄGER	BAUABSCHNITT
Gemeinde Stallwang VG Stallwang Straubing-Graben	-
DARSTELLUNG	REGIERUNGSBEZIRK
DECKBLATT NR. 5 zum Bebauungsplan - Lagepläne / Festsetzungen	Niederbayern
BEARBEITET	MAßSTAB
al	1:1.000
GEZEICHNET	76,5 x 65 cm
al	
DATUM	
24.04.2024	
GEPRÜFT	
al	
DATUM	
17.5.2024	
GEPRÜFT	
al	